



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 5. JANUAR 2022

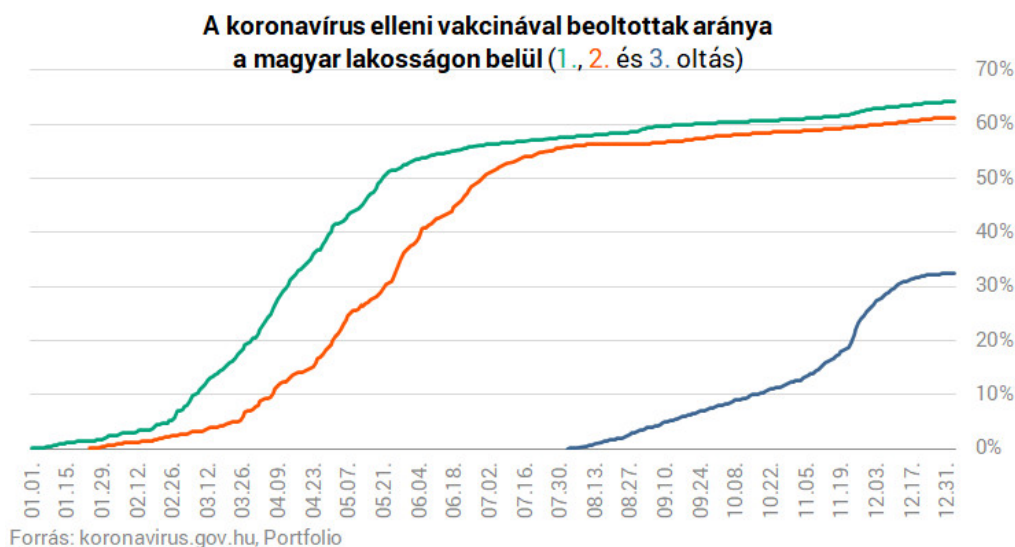
Corona-Politik im Dezember

Keine Lockdown-Weihnachten

Die vierte Welle erreichte Anfang Dezember mit täglich im Durchschnitt fast 200 an oder mit dem Coronavirus Verstorbenen ihren Höhepunkt. Die ungarische Regierung entschied sich gegen tiefgreifende Beschränkungen in der Adventszeit, wie sie in vielen anderen europäischen Staaten wiedereingeführt wurden. Dem entgegen halbierte sich das Tagesmittel hinsichtlich der Todesfälle im Laufe des Dezembers, auch die Inzidenzen nahmen in der Advents- und Weihnachtszeit deutlich ab. Während Anfang Dezember noch mehr als 7600 mit dem Coronavirus Infizierte im Krankenhaus behandelt werden mussten sank dieser Wert Anfang des neuen Jahres auf rund 3300. Weil die Infektions- und Todeszahlen jedoch Anfang 2022 nicht weiter abnahmen, schlussfolgerten bereits mehrere Experten, dass dies die fünfte, die Omikron-Welle einleite.

Impfstand

Bis dato haben sich mehr als 6,26 Millionen Ungarn impfen lassen (etwa 64 % der Gesamtbevölkerung). 61,4 % sind vollständig geimpft, ein Drittel der Ungarn erhielt bereits die Auffrischungsimpfung. Die staatlichen „Impfaktionswochen“ sollen fortgesetzt werden, zwischen Donnerstag, dem 6. und Samstag, dem 8. Januar, kann man wieder ohne Registration eine Impfung in den jeweiligen Zentren erhalten. Auch an den anderen Januar-Wochenenden soll jeden Donnerstag- und Freitagnachmittag bzw. ganztägig samstags in den Impfstellen und Krankenhäusern die Impfkampagne stattfinden.



Anteil der Geimpften in der gesamten ungarischen Bevölkerung, erste Impfung (grün), zweite Impfung (orange), erste Booster-Impfung (blau)

Kommt die allgemeine Impfflicht?

Für Angestellte im Gesundheitssektor wurde bereits im Sommer die Impfflicht beschlossen. Die Aufnahme der ersten Impfung musste bis zum 15. September 2021 erfolgen, die der zweiten bis zu 180 Tage darauf. Mitte November folge die Verordnung, dass Gesundheitspersonal, dessen zweite Impfung mehr als 180 Tage zurück liegt, auch die dritte Impfung aufnehmen muss. Für Angestellte im Gesundheitssektor besteht darüber hinaus für den Zeitraum des Ausnahmezustands ein Kündigungsverbot.

Der [Erlass](#) vom 18. November verpflichtet auch ausgewählte Berufstätige in der Regierungsadministration (so z.B. im Kabinett des Ministerpräsidenten) zur Auffrischungsimpfung. Des Weiteren müssen sich Staats- und Gemeindebedienstete sowie Angestellte in der Staatsanwaltschaft mindestens zweimal impfen lassen. Pädagogen mussten sich bis zum 31. Dezember 2021 mindestens für die Erstimpfung entscheiden. Das Ministerium für Humanressourcen gab Anfang Januar bekannt, dass sich 1 % der Pädagogen nicht impfen lassen wollten (nicht mitgerechnet sind jene Ungeimpften, die unter Ausnahmen fallen). Jenen, die die Impfung trotz Vorschrift verweigern, wird unbezahlter Urlaub verordnet. Zudem können die Arbeitgeber grundsätzlich über eine Impfflicht ihrer Beschäftigten verfügen.

Bei alledem sprach sich die ungarische Regierung bis jetzt gegen eine allgemeine Impfflicht aus. Eine Umfrage des Publicus-Instituts ergab, dass 72 % der Ungeimpften kategorisch gegen die Aufnahme einer Impfung sind. Die Hälfte der Impfverweigerer gab an, prinzipiell Impfungen zu vertrauen, bringt den Corona-Impfungen aber kein Vertrauen entgegen. Jeweils acht Prozent der Ungeimpften bezeichnen sich als generelle Impfgegner bzw. betrachten das Coronavirus als nicht gefährlich genug, um sich dagegen impfen zu lassen. Das Institut führte weiterhin aus, dass etwa 45 % für, etwa 45 % gegen eine allgemeine Impfflicht sind. Die Impfflicht befürworten überproportional die Anhänger der Regierungsparteien sowie der Oppositionsparteien DK und Momentum, Wähler der Jobbik stehen einem möglichen Impfwang am kritischsten gegenüber. Besonders die Budapester würden strengere Beschränkungen und eine Impfflicht willkommen heißen: Drei Viertel der hauptstädtischen Bürger würde nur noch Geimpften Zugang zu Hotels und Restaurants gewähren, was derzeit noch ohne Impfnachweis oder Test möglich ist.

Die Publicus-Umfrage ergab weiterhin, dass die meisten Befragten (78 %) den Zustand des Gesundheitssystems für die im internationalen Vergleich hohe Coronavirus-Sterblichkeitsrate Ungarns verantwortlich machen. Zwei Drittel der Befragten gaben an, dass die Ärzte und Krankenschwestern schon vor der Corona-Pandemie ihre Aufgaben kaum bewältigen konnten. Etwa ebenso viele Teilnehmer an der Umfrage meinten, dass der ohnehin schon schlechte allgemeine Gesundheitszustand der Ungarn (Übergewichtigkeit, überdurchschnittlicher Alkoholkonsum, ...) ebenfalls zu der hohen Mortalität beiträgt.

Beschränkungen im Land

Für Ungeimpfte ist weiterhin der Besuch von Großveranstaltungen untersagt. In Budapest ist der Besuch von Thermalbädern, anders als im Rest Ungarns, an das Vorzeigen eines Immunitätsnachweises (den man bereits nach einer Impfung erhält) gebunden. Es gilt Maskenpflicht in den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Geschäften, Theatern, Museen usw.



Ungarischer Immunitätsnachweis (Quelle: portfolio.hu)

Für Deutsche ist die Einreise nach Ungarn über den Landweg ohne Beschränkungen möglich. Die Einreise auf dem Luftweg erfordert den digitalen EU-COVID Impfnachweis oder einen PCR-Test in englischer oder ungarischer Sprache, welcher nicht älter als 72 Stunden sein darf. Geschäftsreisende können wie bisher ohne Testpflicht einreisen.

Für den aktuellen Stand der Einreisebestimmungen empfiehlt sich jedoch stets der Blick auf die [Seite des Auswärtigen Amts](#).

Emmanuel Macron zu Besuch in Ungarn



Pressekonferenz von Emmanuel Macron und Viktor Orbán (Quelle: index.hu)

Am 13. Dezember 2021 besuchte Emmanuel Macron die ungarische Hauptstadt als letzte Etappe seiner „Europatournee“, infolge derer er in den vergangenen fünf Jahren alle EU-Mitgliedstaaten besucht hat. An jenem Tage war zugleich Budapest Austragungsort des Visegrád-4 Gipfels, an dem Macron ebenfalls teilnahm. Nach vertraulichen Gesprächen mit Ministerpräsident Orbán gaben die beiden anschließend eine gemeinsame Pressekonferenz. Orbán betonte, dass sich insbesondere hinsichtlich des Patriotismus, der Stärkung Europas und seiner „strategischen Autonomie“ zentrale Gemeinsamkeiten zwischen Frankreich und Ungarn ergeben. Dazu zählen die Verteidigung – beide unterstützten den Ausbau europäischer Verteidigungskräfte –, die Atomenergie, an der beide Staaten festhalten, sowie die Lebensmittelversorgung. Obwohl es Meinungsverschiedenheiten in Fragen der

Homosexuellenrechte wie auch der Rechtstaatlichkeit gebe, fügte Macron an, verbinde Ungarn und Frankreich der „Wille zur Zusammenarbeit“. Trotz der unterschiedlichen politischen Färbung sei man loyale Partner und proeuropäisch. Macron bekräftigte zugleich die Wichtigkeit, vor dem Hintergrund der Situation in Weißrussland die europäische Migrationspolitik zu überdenken und würdigte zugleich die Anstrengungen Ungarns im Kampf gegen den Terrorismus.

Im Rahmen seines eintägigen Aufenthaltes traf sich Macron auf Anfrage des Budapester Oberbürgermeisters Gergely Karácsony auch mit verschiedenen Oppositionsvertretern. Bei dem einstündigen Gespräch in der Residenz des französischen Botschafters wurde über die anstehenden Wahlen in Ungarn, die Vergabe von EU-Fördermitteln, vermeintliche Korruption im staatlichen Apparat sowie russischen und chinesischen Einfluss in Ungarn gesprochen. Dem folgte eine Erklärung des Büros des Budapester Bürgermeisters, wonach die europapolitischen Vorstellungen des französischen Präsidenten sich mit denen der ungarischen Opposition deckten. Macron bekräftigte jedoch schon vorab, sich nicht in die Innenpolitik Ungarns einmischen zu wollen.



v.l.n.r.: Klára Dobrev, Emmanuel Macron, Péter Márki-Zay, Anna Donáth, Gergely Karácsony (Quelle: MTI)

Für eine tiefere Analyse der Bedeutung des Staatsbesuchs von Macron sowie seiner Dimension für das deutsch-ungarische Verhältnis empfehlen wir den Beitrag [„Macron ante portas“](#), welchen Dr. Bence Bauer für die Tagespost verfasste.

Familienministerin Katalin Novák zukünftige Präsidentin Ungarns?

Auf der Jahresende-Pressekonferenz des Ministerpräsidenten Mitte Dezember wurde die damalige Familienministerin Katalin Novák von Viktor Orbán als nächste Kandidatin für das Amt des Staatspräsidenten vorgeschlagen. Damit wird sie, nach der Bestätigung im Parlament, im Mai auf den Posten des scheidenden János Áder folgen, der die Funktion seit 2012 bekleidete und bis zum Frühling noch innehaben wird. Novák übernahm am 1. Oktober 2020 das Familienministerium und trat von diesem Posten bereits mit Wirkung zum 31. Dezember 2021 zurück, um sich ganz auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereiten zu können. Ein Nachfolger für das Familienministerium wurde indes nicht nominiert – bis zu den Wahlen soll jedoch Kanzleramtsminister Gergely Gulyás die Aufgaben in den Bereichen Familie, Soziales und Jugend übernehmen. In einem Interview Ende Dezember sagte Gulyás noch, dass ursprünglich

Parlamentspräsident László Kövér von Orbán gebeten wurde, Nachfolger von János Áder zu werden. Kövér lehnte dies jedoch ab.

Novák wird hiermit aller Voraussicht nach mit ihren 44 Jahren nicht nur die jüngste Person im Amt des ungarischen Staatspräsidenten, sondern auch die erste Frau sein. Die dreifache Mutter kam 2014 in die obersten Riegen der ungarischen Politik, als sie zur Staatssekretärin für Familienangelegenheiten ernannt wurde. Davor war sie Ministerialbeauftragte für frankophone Angelegenheiten im Außenministerium. Sie avancierte 2017 zur stellvertretenden Fidesz-Vorsitzenden und ist seit 2018 Fidesz-Abgeordnete im Ungarischen Parlament.

Während vonseiten zahlreicher Regierungspolitiker die Nominierung Nováks begrüßt wurde, gab der MP-Kandidat der Opposition, Péter Márki-Zay, seine Zweifel kund. Márki-Zay zufolge sei Novák für dieses Amt „noch ungeeigneter als János Áder“, da der Staatspräsident über der Parteizugehörigkeit stehe und die Einheit der Nation verkörpere. Die scheidende Familienministerin, so Márki-Zay, stehe jedoch absolut loyal zu Fidesz, trage Ohringe mit den Initialen von Viktor Orbán und glaube, Frauen seien weniger wert als Männer. Auf die Kritik reagierte Novák und sagte, dass „die linken Politiker die Frauen nicht respektieren“. Unabhängige Beobachter wiederum meinten, Márki-Zay könnte mit seinen harschen Worten gegenüber Novák Gefahr laufen, sich ob der Beliebtheit der Politikerin ein politisches Eigentor zu schießen.



Katalin Novák (Quelle: OLKT.hu)

Steuersenkungen ab 2022

Das neue Jahr beginnt mit einer Reihe von Arbeitsmarktreformen, mit denen vor allem jene entlastet werden sollen, die im Zuge der Pandemie die größten Lasten zu schultern hatten. Ab dem 1. Januar wird der Mindestlohn auf mindestens 200.000 HUF (etwa 550 €), der Facharbeitermindestlohn auf 260.000 HUF (rund 715 €) angehoben. Zugleich kommt es zu Lohnerhöhungen insbesondere im Gesundheitssektor, des Weiteren steigen die Gehälter von Pädagogen, Polizisten und Soldaten. Menschen im Ruhestand soll mit der Wiedereinführung der 13. Rente geholfen werden, parallel dazu erhöht sich der Rentensatz um 5 %.

Hinzu kommt eine Reihe von Steuererleichterungen. Familien mit aufwachsenden Kindern wird die volle Einkommenssteuer (15 % Flat Tax) des Jahres 2021 zurückerstattet werden. Auch müssen unter 25-jährige fortan keine Einkommenssteuer mehr zahlen. Durchschnittlich hätten so junge Arbeitnehmer monatlich 100 € zusätzlich zur Verfügung. Die

Sozialbeitragssteuer sinkt ab dem 1. Juli 2022 von 15,5 % auf 13%. Überdies werden zum selben Zeitpunkt die Fachausbildungsbeiträge (1,5 %) abgeschafft – womit in erster Linie die Arbeitgeber entlastet werden. Ausgesprochen günstig erweisen sich die Steuerreformen für Kleinunternehmen, für die der Steuersatz auf 10 % gesenkt wird.

Großprojekte in Budapest

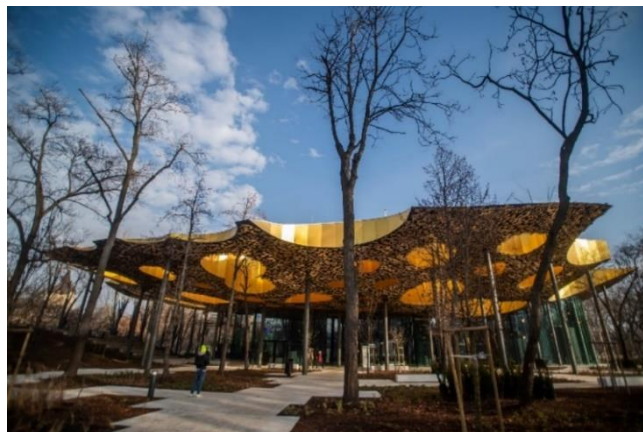
Abseits der großen politischen Ereignisse entwickelt sich Budapest derzeit rasant – daher lohnt es sich, zumindest überblickshalber einige Entwicklungen nachzuzeichnen, die der Hauptstadt ein neues Antlitz verleihen werden.

Eisenbahntunnel unter der Donau beschlossen

Ende Dezember verabschiedete die ungarische Regierung die „Strategie für die Eisenbahn im Ballungsgebiet Budapest“, in dem die verkehrspolitischen Ziele für das Jahr 2040 festgehalten sind. Für den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur wurden so 5,6 Milliarden Euro zusätzliche Mittel bewilligt. Ziel ist unter anderem die Verdopplung des Fahrgastaufkommens im ÖPNV, um somit dem wachsenden PKW-Verkehr entgegenzuhalten. Das vielleicht wichtigste Projekt ist hierbei die Grabung eines Eisenbahntunnels unter der Donau, womit zwei der drei Kopfbahnhöfe der Stadt (Süd- und Westbahnhof) der Vergangenheit angehören würden. Budapest erhielte, wie Wien, einen Durchgangsbahnhof als Hauptbahnhof. Parallel dazu soll eine Schnellbahn zum Flughafen und eine Ringbahn in Anlehnung an das deutsche S-Bahn-Modell geschaffen werden.

Wandel im Stadtwald

Nicht nur das Burgviertel wird großen – zum Teil nicht unumstrittenen – Um- und Neubaumaßnahmen unterzogen, auch der Stadtpark (Városliget) bekommt allmählich ein neues Antlitz. Im Zuge der großangelegten Transformation eines der größten Grünflächen der Hauptstadt wurde Mitte Dezember der Bau des „Hauses der Ungarischen Musik“ unweit des Heldenplatzes fertiggestellt. Weitere Gebäude wie das fast beendete Museum für Ethnografie oder die Neue Nationalgalerie folgen zukünftig – Ziel ist die Errichtung eines Museumsquartiers im Grünen. Gergely Karácsony versprach noch zu seinem Amtsantritt als Budapester Oberbürgermeister das „Liget Projekt“ unter anderem aus ökologischen Gründen zu stoppen – ungeachtet dessen erfreut es sich aber der Beliebtheit in der Mehrheit der Bevölkerung.



Das Haus der Ungarischen Musik des japanischen Stararchitekten Sou Fujimoto (Quelle: origo.hu)

Neueste Umfrageergebnisse

Das regierungsfreundliche Nézőpont-Institut sah im Zuge einer Umfrage von Mitte Dezember die Listenverbindung von Fidesz-KDNP mit 55 % in deutlichem Vorsprung vor der Oppositionsliste, welche nur 43% der Stimmen vereinen würde. 70 % der Befragten glaubten, dass die Wahl mit einem Sieg der gegenwärtigen Regierungsparteien ausgehen wird. Das Institut kommentiert wie folgt:

„Péter Márki-Zay ist es in seiner mehr als zwei Monate dauernden Kampagne nicht gelungen, die Tendenzen bei den Parteipräferenzen umzukehren. (...) Als echte Volkspartei liegt die Fidesz in fast allen gesellschaftlichen Gruppen vor der Linken. Als Hochburgen der Wählerschaft gelten die Gruppe der Rentner sowie die ländliche Bevölkerung, wo zwei Drittel der Befragten die Regierung wählen würden. Budapest bildet jedoch eine Ausnahme: in der Hauptstadt, die sich politisch stark vom Rest des Landes unterscheidet, kommen die Linke auf 59 % und die Rechte auf 39 %.“

Das regierungskritische Republikon-Institut ermittelte dagegen im selben Zeitraum, dass die Oppositionsliste mit 48 % stabil vor den Regierungsparteien mit 43 % steht, wenn man die sicheren Wähler zählt. Zugleich stellte das Institut fest, dass „im Vergleich zum Jahresbeginn das Kräfteverhältnis zwischen dem Oppositionsblock und der Regierungsseite unverändert geblieben zu sein scheint.“

Einer Umfrage des regierungsnahen Századvég-Instituts vom Dezember zufolge hat sich Márki-Zays Beliebtheit seit seiner Wahl zum gemeinsamen MP-Kandidaten der Opposition deutlich geschwächt. Im Oktober 2021, während der zweiten Runde der Vorwahlen der Opposition, vertraten 42 % der ungarischen Wähler eine positive Meinung gegenüber Péter Márki-Zay, während 47 % negativer Meinung waren. Zwei Monate später, Mitte Dezember, sprachen sich nur noch 36 % der Befragten für Márki-Zay und 56 % gegen ihn aus. Die Beliebtheit des Bürgermeisters von Hódmezővásárhely ist in der Hauptstadt und bei jungen Menschen am höchsten, in den Dörfern und bei älteren Wählern am geringsten, so Századvég.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

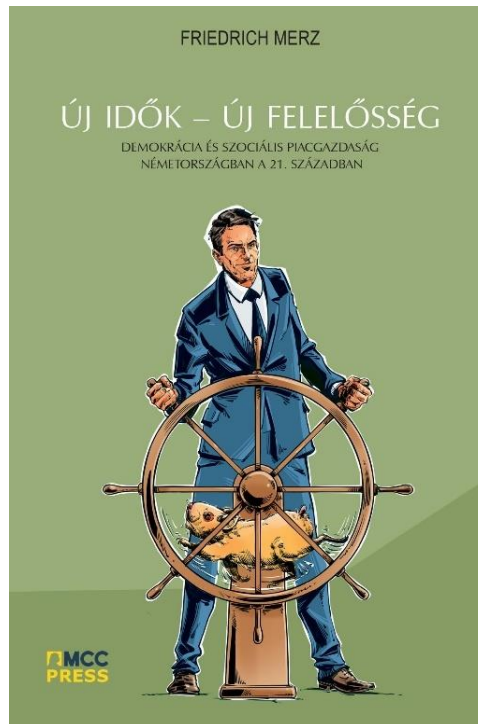
Veranstaltungen im Dezember

Am Abend des **7. Dezembers 2021** veranstaltete das **MCC-Bildungszentrum** in **Békéscsaba** eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „**Souveräner Staat - Souveräne Intellektuelle: Ungarn in der Europäischen Union**“. Bei der Veranstaltung sprachen **Prof. Dr. István Varga** und **Dr. Ákos Mernyei** vom Zentrum für Privatrecht am MCC mit **Dr. Bence Bauer** über die verschiedenen Facetten von Souveränität. Den Bericht über die Veranstaltung finden Sie auf unserer [Homepage](#).

„**Die neue Bundesregierung und das Programm des Drei-Parteien-Bündnisses**“ war das Thema einer Podiumsdiskussion mit Visiting Fellow und **Professor Emeritus Werner J. Patzelt** am **13. Dezember 2021** im Hauptgebäude des MCC in Budapest. [Hier](#) erfahren Sie mehr.

Veröffentlichungen

„**Neue Zeit. Neue Verantwortung**“ von Friedrich Merz wurde **ins Ungarische übersetzt** und vom hauseigenen Verlag des Mathias Corvinus Collegiums **am 16. Dezember 2021 veröffentlicht** – just einen Tag vor der Bekanntgabe der Mitgliederbefragung in der CDU, wo sich die Basis für Merz als neuen Parteichef aussprach. Das Buch können Sie z.B. im Onlinehandel von Libri [erwerben](#).



„Neue Zeit. Neue Verantwortung – Demokratie und Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“

„**Wie lange hält die neue Bundesregierung?** – Meine derzeit bestmögliche Antwort: entweder zwei Jahre – oder zwei Wahlperioden“ – schreibt unser Visiting Fellows **Prof. em. Werner J. Patzelt** in seinem am 18. Dezember erschienenen Artikel. Diesen können Sie [hier](#) abrufen.

Mit der **Lage der Wissenschaftsfreiheit in Ungarn und Deutschland** setzte sich zuletzt Visiting Fellow **Prof. Dr. Holm Putzke** in seinem **MCC Podcast** auseinander. Hören Sie diesen unter Nutzung des folgenden [Links](#) an.

Prof. em. Siegfried F. Franke war von 2012 bis 2015 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Andrassy Universität in Budapest. Sein **jüngstes Werk** befasst sich mit grundlegenden und gegenwärtig drängenden **Fragen von Rechtstaatlichkeit und Demokratie** mit einem besonderen Fokus auf Ungarn und Deutschland. Das Kapitel „**Ungarn in der Dauerkritik**“ haben wir als Auszug auf unserer [Website](#) zur Verfügung gestellt.

Aus der Feder des Publizisten und ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten **Gunter Weißgerber** erschien vor Kurzem eine ausführliche **Besprechung des Sammelbandes „Der ungarische Staat – Ein interdisziplinärer Überblick“**. Die Rezension findet sich auf dem Blog „[Weissgerber – Freiheit](#)“.

„**Von der Natur der Politik und ihren Formen. Kleine Schriften**“ von **Prof. Dr. Tilo Schabert** wurde im Jahre 2020 veröffentlicht und ergänzt das Gesamtwerk des renommierten

Politikwissenschaftlers mit zahlreichen kleineren Beiträgen. Über das Buch ist nun ein **Essay** in der Schriftenreihe „**Jahrbuch Politisches Denken**“ erschienen, geschrieben von einem unserer Forschungsassistenten. Den Text finden Sie auf der [Homepage](#).

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständiger Mitarbeiter: Martin Josef Böhm

Sitz: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu